



CDU-Landesverband • Am Wall 135 • 28195 Bremen

SoVD Landesverband Bremen  
z.H. Herr Meyer-Rockstedt  
Breitenweg 12  
28195 Bremen

Bremen, 27. April 2011

Sehr geehrter Herr Meyer-Rockstedt,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl am 22. Mai 2011, die ich als Spitzenkandidatin der CDU Bremen hiermit gerne beantworten möchte:

### **1. Situation für Menschen mit Behinderung**

Was werden Sie unternehmen, um die Partizipation der Menschen mit Behinderungen und ihrer Interessen in Bremen und Bremerhaven zu stärken, zu integrieren und Gehör zu schenken?

*Wir werden uns weiter in aktiver Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden für eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in unserer Gesellschaft einsetzen. Dazu gehört insbesondere eine enge Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V., mit den Wohlfahrtsverbänden sowie mit dem Landesbehindertenbeauftragten, damit behinderten Menschen ein barrierefreies Leben in der eigenen Wohnung und in der Stadt, auf Straßen und Wegen sowie beim Zugang zu öffentlichen Gebäuden und zu öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht wird. Die CDU Bremen unterstützt in diesem Zusammenhang die Einführung eines europäischen Schwerbehindertenausweises.*

Wie sieht ihr Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aus?

*Wir setzen uns für eine lebensnahe Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bremen ein. Wir unterstützen deshalb als CDU Bremen Maßnahmen, um zum Beispiel Barrierefreiheit, selbstbestimmtes Wohnen, Recht auf gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt oder inklusiven Unterricht zu gewährleisten. Die Zentren für unterstützende Pädagogik brauchen dazu eine entsprechende Ausstattung.*

## 2. Senioren

Welche Einstellung haben Sie zu diesem Thema? Wie wollen Sie der Entsolidarisierung zukünftig entgegenwirken?

*Die CDU Bremen steht für ein Miteinander der Generationen, das von Verständnis, Respekt, gegenseitiger Unterstützung und Dialog geprägt ist. Gerade hierin sehen wir einen wichtigen Baustein für eine moderne Stadtgesellschaft der Zukunft. Generationengerechtigkeit verbietet auch ein Denken in Alterskategorien und heißt für uns, die Potenziale der Senioren stärker zu nutzen. Wir wollen die Erfahrung und das Können älterer Menschen in unserer Gesellschaft und insbesondere im Berufsleben nutzen.*

Welche Maßnahmen ergreifen Sie um die Wohn- und Pflegesituation älterer Menschen im Land Bremen zu verbessern?

*Wir treten dafür ein, dass entsprechend dem jeweiligen Bedarf unter Mitwirkung der Wohnungsbauvereinigungen bezahlbare Seniorenwohnungen in den Stadtteilen geschaffen werden. Die CDU Bremen fördert den barrierefreien Wohnungsbau. Denn ältere Menschen wollen ihr gewohntes Umfeld nicht verlassen, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Ältere Menschen haben heute auch Bedarf nach alternativen Wohnformen, wie z.B. Wohn- oder Hausgemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser, in denen die Bewohner einander gegenseitig unterstützen.*

*Pflege und Beruf müssen miteinander vereinbar sein. Wir unterstützen die vorgeschlagene „Familienpflegezeit“ als sinnvolles und pragmatisches Instrument. Sie ermöglicht erwerbstätigen Familienangehörigen die häusliche Pflege ihrer Angehörigen und entlastet sie im Alltag. Das Modell der Familienpflegezeit sieht vor, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit über maximal zwei Jahre auf bis zu 50 Prozent reduzieren können, dabei aber 75 Prozent ihres Gehalts beziehen. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen aber weiterhin 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist.*

## 3. Frauen / Gleichstellungspolitik

Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier eine Änderung zu erreichen?

*Wir setzen uns dafür ein, dass die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen verringert wird. Dafür fordern wir eine Selbstverpflichtung der Unternehmen.*

Wie ist Ihre Haltung hierzu und welche Änderungsmöglichkeiten sind in Ihrem Parteiprogramm vorhanden?

*Auf der Liste der Bremer CDU für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft sind unter den ersten 20 Kandidaten 9 Frauen. Wir wollen den Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass mindestens 40 Prozent der durch den Senat zu besetzenden Aufsichtsratsmandate von Frauen wahrgenommen werden. Wir erwarten hierbei die Mitwirkung von Unternehmen, Verbänden und allen gesellschaftspolitischen Akteuren. Im Bereich der Wirtschaft setzt sich die CDU Bremen für ein Stufenmodell ein, um den Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten zu steigern. Demnach sollen Unternehmen fünf Jahre Zeit erhalten, um den Frauenanteil in den Vorständen auf mindestens 10 Prozent und in den Aufsichtsräten auf mindestens 30 Prozent zu steigern. Gelingt dies nicht, soll eine flexible Quote eingeführt werden.*

Welche Maßnahmen befürworten Sie, um Frauen mit Behinderungen die gleichen Ausbildungs- und Berufschancen zu geben?

*Für uns ist es selbstverständlich, dass die Teilhabe behinderter Menschen und insbesondere Frauen, am Arbeitsleben endlich durchgesetzt wird. Wir setzen uns für die Schaffung behindertengerechter Arbeitsplätze ein und wollen Unternehmen darin unterstützen, diese anzubieten.*

#### **4. Kinder und Jugend**

Was wollen Sie tun um die Ausbildungssituation Jugendlicher und Jugendlicher mit Behinderungen in der Gesellschaft des Landes Bremen weiter voranzutreiben?

*Die Chancen von Jugendlichen und Jugendlichen mit Behinderungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen erhöht und die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden. Neben verstärkten Anstrengungen in der Schule bedarf es dazu einer gezielten Arbeitsmarktförderung jugendlicher Bewerber. Die CDU Bremen unterstützt deshalb ausdrücklich die „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011–2013“ sowie Mentorenprogramme von Ausbildungsbetrieben, damit zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen und junge Menschen die Chance auf eine Ausbildung erhalten.*

#### **5. Gesundheit**

Wie ist ihre Einstellung hierzu und welche Möglichkeiten sehen Sie, hier gegebenenfalls Änderung zu erreichen?

*Durch die verabschiedete Gesundheitsreform wurde die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung langfristig auf ein sicheres Fundament gestellt. Deshalb erachtet die CDU Bremen die Gesundheitsreform also als notwendig und richtig. Es wurde ein gerechter und unbürokratischer Sozialausgleich eingeführt: Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag 2 Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens, erfolgt ein Sozialausgleich. Schließlich sorgt das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags dafür, dass Arbeitsplätze nicht gefährdet werden und Beitragserhöhungen die Arbeitskosten der Betriebe nicht länger automatisch nach oben treiben.*

#### **6. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode die Situation der Betroffenen und der möglicherweise künftig Betroffenen stärken?

*Priorität hat für uns die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze. Der Staat kann dazu vor allem durch eine vorausschauende Infrastrukturpolitik den erforderlichen Rahmen setzen. Die CDU Bremen verfolgt eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft. Für uns gilt nach wie vor der Grundsatz: Sozial ist, was Arbeit schafft. Eine feste Anstellung trägt entscheidend zu einem selbstbestimmten Leben jedes Einzelnen bei.*

Was wollen Sie unternehmen, um existenzsichernde Arbeitsverhältnisse zu schaffen? Was unternehmen Sie im Land Bremen gegen den Niedriglohnsektor? Unterstützen Sie mit dem SoVD die Forderung nach Mindestlohn?

*Um existenzsichernde Arbeitsverhältnisse zu schaffen, benötigen wir eine vorausschauende Infrastrukturpolitik. In der Wirtschaft entstehen neue Arbeitsplätze, z. B. im Bereich Windkraft-, Häfen- und Logistikdienstleistungen. Damit diese Arbeitsplätze mit Bewerberinnen und Bewerbern aus Bremen und Bremerhaven besetzt werden können, bedarf es einer geeigneten Qualifizierung. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt deshalb eine an den Anforderungen des bremischen Arbeitsmarktes orientierte Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen.*

*Die Leiharbeit ist ein geeignetes Instrument zur Abdeckung von Auftragsspitzen oder kurzfristig auftretender Vakanzen. Die Betriebe benötigen diese Flexibilität. Wir fordern, dass nach einer Einarbeitungszeit das Prinzip „Equal Pay“ gelten muss. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass ArbeitnehmerInnen zusätzlich zu ihrem Lohn auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind und zu den „Aufstockern“ gehören.*

*Am 01.05.2011 endet die Einschränkung der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Angehörige der 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten. Dies könnte in der deutschen Zeitarbeitsbranche und für die dort beschäftigten Arbeitnehmer einen verzerrten Wettbewerb durch niedrige Löhne osteuropäischer Mitbewerber zur Folge haben. Deshalb plädiert die CDU-Bürgerschaftsfraktion für die Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und damit für einen Mindestlohn in der Zeitarbeit. Die Mindestlöhne für das Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie für die Weiter- und Ausbildung werden nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz auf den Weg gebracht. Einen allgemeinen Mindestlohn lehnen wir ab und verweisen auf die Tarifautonomie.*

## **7. Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Welche Möglichkeiten sehen Sie, hier eine Betreuung, innerhalb der Ferienzeiten, zu gewährleisten?

*Wir streben einen Ausbau der Ferienbetreuung an, um berufstätige Eltern zu unterstützen und sozial benachteiligte Kinder zu fördern. Gerade für diese Gruppen ist eine ganzjährige Betreuungsmöglichkeit zu gewährleisten.*

Wie wollen Sie eine entsprechende Betreuungslandschaft für allein Erziehende und Erwerbstätige schaffen, die die Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht wird?

*Wir unterstützen das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2013 für durchschnittlich jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz bereit zu halten. Dafür bedarf es eines stärkeren Ausbaus der Betreuung der unter Dreijährigen.*

*Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, die in Bremen in vielen Bereichen leider noch immer nicht verwirklicht ist. In Bremen gibt es nicht genug Ganztagsplätze für berufstätige Eltern oder Alleinerziehende. Die Eltern brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung, die über 5-Stunden-Plätze hinausgeht.*

## **8. Soziale Spaltung**

Welche Gegenmaßnahmen planen Sie?

*Die soziale Spaltung in Bremen ist ein Resultat 65-jähriger SPD Verantwortung im Bremer Rathaus. Wir wollen mit gezielten Maßnahmen die soziale Spaltung der Gesellschaft überwinden. Beispielsweise zielt die Initiative der Bundesfamilienministerin „Offensive Frühe Chancen“ darauf*

*ab, die Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten personell besser auszustatten, um auf Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf individuell eingehen zu können. Dafür stellt der Bund bis 2014 400 Mio. Euro zur Verfügung. Jede geförderte Kindertagesstätte kann aus den Bundesmitteln eine Halbtagsstelle für eine zur Sprachförderung qualifizierte Fachkraft schaffen.*

*Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen müssen. Zu diesem Zweck unterstützen wir den Hartz-IV-Kompromiss, der eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes für Erwachsene sowie die Einführung des Bildungspaketes für Kinder vorsieht. So werden nicht nur Kinder aus Hartz-IV-Familien sondern auch Geringverdiener vom Bildungspaket profitieren. Der Zugang zu Bildungs-, Freizeit- und Sporteinrichtungen ist elementarer Bestandteil der langfristigen Bekämpfung von sozialer Benachteiligung von Kindern. Das Bildungspaket beinhaltet daher 120 Euro im Jahr für Vereinsmitgliedschaften oder Musikschulen, 30 Euro im Jahr für Tagesausflüge, Nachhilfekosten und einen Zuschuss zum Mittagessen.*

## **9. Bauen und Wohnen**

Wie wollen Sie sich in Zukunft für einen barrierefreien Wohnungsbau und den unterschiedlichen Wohnformen sowie Betreutes Wohnen einsetzen? Werden sie die Umgestaltung von öffentlichen Gebäuden zur Barrierefreiheit auch in Zukunft vorantreiben? Was unternehmen sie im Hinblick auf den öffentlichen Personen Nahverkehr?

*Die CDU-Bremen wird sich weiter in aktiver Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden für eine gleichberechtigte Teilhabe behinderter und älterer Menschen am Leben in unserer Gesellschaft einsetzen. Dazu gehört insbesondere eine enge Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bremen e.V., mit den Wohlfahrtsverbänden, mit dem Landesbehindertenbeauftragten sowie der Seniorenvertretung. Bezahlbarer Wohnraum mit hoher Qualität muss in Zukunft ausreichend auch für Menschen mit Behinderungen und für ältere Menschen zur Verfügung stehen. Die steigende Lebenserwartung der Bürgerinnen und Bürger erfordert daran angepasste barrierefreie Wohnungen. Ältere oder behinderte Menschen sollten unserer Ansicht nach ihr gewohntes Umfeld nicht verlassen müssen, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Ein selbstbestimmter und aktiver Alltag muss in jeder Lebenslage möglich sein. Die Einrichtung von alternativen Wohnformen, wie Hausgemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser, wollen wir daher fördern. Auch bei der Gestaltung des öffentlichen Raums und öffentlicher Gebäuden ist den Bedürfnissen älterer und behinderter Menschen verstärkt Rechnung zu tragen. So sollten abgesenkte Bordsteinkanten zur Vermeidung von Stürzen bei Straßen- und Wegebau obligatorisch sein. Die CDU Bremen setzt sich darüber hinaus für die besonderen Sicherheitsbedürfnisse älterer Menschen im öffentlichen Raum ein, damit ihnen zum Beispiel eine angstfreie Teilhabe am Verkehr möglich ist.*

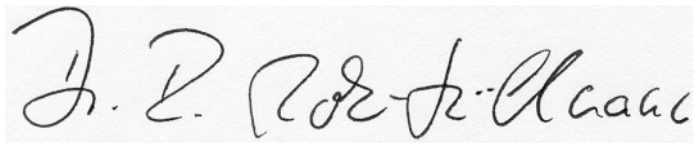
## **10. Haushalt**

Welche Maßnahmen planen Sie zur Erreichung der Konsolidierung? Welche Maßnahmen sind auch auf der Einnahmenseite des Haushalts geplant?

*Rot-Grün hat allein in den letzten vier Jahren 3,3 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Bremen hat sich verpflichtet, die Haushaltspolitik auf Kosten zukünftiger Generationen zu beenden und hierfür im Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Hierzu müssen nicht nur die Einnahmen steigen, sondern auch die Ausgaben gesenkt werden. Auf die Einnahmenseite hat Bremen, im Gegensatz zur Ausgabenseite, nur eine geringe Einflussmöglichkeit. Aus diesem Grund müssen*

*sämtliche Ausgaben auf ihre Wirtschaftlichkeit und Erforderlichkeit überprüft werden. Vorhandene Doppelstrukturen müssen abgebaut werden. Die (Teil-)Veräußerung von Beteiligungen Bremens an den Gesellschaften muss regelmäßig überprüft werden. Veräußerungen sollen immer dann erfolgen, wenn sie zur Konsolidierung des Landeshaushaltes dienen und eine Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgeschlossen werden kann. Aufgrund der extremen Haushaltsnotlage hat die CDU Bremen sich für einen Notlagentarifvertrag eingesetzt. Wir haben uns für eine Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung stark gemacht, damit das Erreichen eines ausgeglichen Haushaltes im Jahr 2020 Verfassungsrang hat und verbindlich eingehalten werden muss. Beides wurde von Rot-Grün abgelehnt.*

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rita Mohr-Lüllmann